

Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Pressefreiheit

Stine Eckert

Journalismus in Krisenzeiten

Interview mit Jelani Cobb, Dekan der
Columbia Journalism School

Am 20. Januar 2025 wurde Donald Trump für seine zweite Amtszeit als US-Präsident vereidigt. Daraufhin verstärkte er seine aggressiven Angriffe auf Journalist:innen und auf Universitäten, darunter auch solche mit Journalismus-Studiengängen wie die Columbia University. Unter dem Titel »Vertrauensprobleme. Glaubwürdigkeit, Leichtgläubigkeit und Journalismus in Zeiten der Krise« hielt Jelani Cobb, Dekan der Columbia Journalism School und Henry-R.-Luce-Professor für Journalismus, am 10. März die Reuters Memorial Lecture 2025. Er kritisierte, dass der Journalismus noch keinen Weg gefunden habe, über die Trump-Regierung zu berichten. Im Interview mit der Journalismuswissenschaftlerin Stine Eckert (Wayne State University) am 15. September erweitert und vertieft Jelani Cobb seine Aussagen aus der Vorlesung. Er spricht darüber, wie die us-Nachrichtenmedien über die Ermordung des rechten Aktivisten Charlie Kirk berichteten und wie man in repressiven Zeiten über die Regierung berichten sollte.

SE: Im März haben Sie in Ihrer Reuters Memorial Lecture über Vertrauen und Journalismus in Krisenzeiten gesprochen. Zu Beginn Ihrer Rede sagten Sie, dass es sich um eine »sich entwickelnde Rede« handle, da sich die Ereignisse in den USA überschlagen. Nun, ein halbes Jahr später, nachdem viel hinzugekommen und auch wieder verschwunden ist: Welche zusätzlichen Bedenken würden Sie hinzufügen?

JC: Ich würde die Kapitulation von Medienorganisationen, Anwaltskanzleien und Universitäten gegenüber den aggressiven Übergriffen der Bundesregierung hinzufügen. Es gibt viele Gründe, mehr über politische Gewalt in

den Vereinigten Staaten zu reden. Wahrscheinlich würde ich noch mehr auf die Notwendigkeit eingehen, Dinge zu veröffentlichen, die wahr sind, auch wenn sie unpopulär sein mögen. Gerade hier in den USA haben die Menschen in der Woche nach dem Mord an Charlie Kirk nur äußerst unwillig darüber gesprochen, was er tatsächlich gesagt hat. Wer seine Aussagen wörtlich zitierte, wurde dafür kritisiert. Ich stimme zwar zu, dass bei der Diskussion über ein Mordopfer ein gewisses Maß an Anstand gewahrt werden sollte. Das schließt aber nicht aus, darüber zu sprechen, wer die Person tatsächlich war und was sie gesagt und getan hat. Stattdessen sahen wir Zögern und Zurückhaltung, sogar Angst, genau das zu tun.

Ich denke, das sind die großen Themen, über die ich sprechen und die ich einbeziehen würde.

SE: Meinen Sie damit auch die politische Gewalt gegen Journalist:innen?

JC: Ja, auch das. Auch die gezielte Verfolgung von Journalist:innen, wie wir sie in jüngster Zeit in zwei Fällen in Gaza erlebt haben, und wahrscheinlich auch schon zuvor in anderen Fällen. Aber das ist eine Entwicklung, die zumindest in den Vereinigten Staaten kaum Beachtung gefunden hat. Sie führt zu einer Diskussion über Glaubwürdigkeit der Medien und darüber, was die Menschen für unsere eigentlichen Interessen halten, und beeinflusst sogar intern, in den Redaktionen, unsere Bereitschaft, über die Ermordung von Journalist:innen zu berichten.

SE: Haben Sie zusätzliche Schulungen oder Workshops in den Lehrplan für angehende Journalist:innen aufgenommen?

JC: Nein, dieses Thema war bereits vorher Teil der Lehre. Ich denke, das unterstreicht, wie wichtig es ist.

SE: Charlie Kirk wurde am 10. September 2025 erschossen. Sehr schnell kamen Spekulationen über den Täter auf, obwohl die Person noch auf der Flucht war. Sehr schnell spekulierte auch Trump in den sozialen Medien, wer dafür verantwortlich sei, was in den Nachrichtenmedien aufgegriffen wurde. Ist es nicht problematisch, darüber zu berichten, während die Ermittlungen noch laufen, und diesen Spekulationen so viel Raum zu geben? Was denken Sie darüber?

JC: Ich habe mir unterschiedliche Medien angesehen. Was mir bei der Berichterstattung als Erstes auffiel, war, dass es als Attentat [»assassination«] bezeichnet wurde, bevor bekannt war, dass die Tat – wie wir heute wissen – aus

politischen Gründen begangen worden war. Betrachtet man den Einzelfall, wüssten wir, dass bei einem bewaffneten Angriff auf eine hochrangige politische Persönlichkeit, sei es durch Schüsse oder Messerstiche, eine solche Tat nicht aus politischen Gründen, sondern in den meisten Fällen von einer Person begangen wird, die psychisch krank ist oder die nach Ruhm oder Anerkennung strebt. Ein Attentat [»assassination«] impliziert jedoch ein explizit politisches Motiv. Wir haben Schlagzeilen gesehen, in denen von der Ermordung von Charlie Kirk die Rede war, bevor wir überhaupt Genaueres über die Umstände seines Todes wussten. Es gab wilde Spekulationen unter unverantwortlichen politischen Akteur:innen, und ich denke, dass man damit viel sensibler hätte umgehen müssen, als es allgemein der Fall war. Der Fokus lag auf den politischen und emotionalen Befindlichkeiten der Menschen im rechten Spektrum, aber nicht unbedingt auf der ethischen Verantwortung der Journalist:innen. Es ist nie zweckdienlich, über Spekulationen zu berichten, selbst dann nicht, wenn es der Präsident der Vereinigten Staaten ist, der darüber spekuliert, wer etwas getan haben könnte oder warum. Es mag sinnvoll sein, zu berichten, *dass* der Präsident spekuliert hat, aber es ist nicht unbedingt nützlich, darüber zu berichten, über wen oder was er spekuliert hat.

SE: Warum hat die Berichterstattung ethische Standards in dieser sich schnell verändernden Nachrichtenlage verletzt? Warum wurde Ihrer Meinung nach Spekulationen so viel Raum gegeben?

JC: Schnelllebige Nachrichten erfordern besondere Fähigkeiten, über die nicht alle Nachrichtenorganisationen und Journalist:innen verfügen. Das ist ein Teil des Problems. Zwar sollten Journalist:innen diese Fähigkeiten besitzen, aber nicht alle haben sie – nicht umsonst gibt es den Pulitzer-Preis für aktuelle Berichterstattung. Es handelt sich um ziemlich spezifische Fähigkeiten. Der andere Teil ist meiner Meinung nach, dass – und das ist reine Spekulation meinerseits – vielleicht die Angriffe auf den Journalismus Auswirkungen zeigen und die Leute standardmäßig dazu übergehen, die Regierung oder den Präsidenten nicht verärgern zu wollen. Ich weiß nicht, ob das stimmt, aber es ist eine Möglichkeit. Wir bräuchten wirklich eine Art Nachbetrachtung, wie damit umgegangen wurde. Vielleicht wäre es tatsächlich hilfreich, wenn Medienorganisationen oder Medienwächter:innen untersuchen würden, wie die Berichterstattung gehandhabt wurde.

SE: Wie können Journalist:innen über Trump in einer Art und Weise berichten, die angemessen kritisch nachhakt, ohne ihm zu viel Raum zu geben und am Ende selbst Unwahrheiten zu verbreiten? Wie lässt sich dieses Problem lösen?

JC: Das ist völlig individuell und hängt davon ab, wie oft und worüber die jeweilige Publikation berichtet. Das sind spezifische redaktionelle Entscheidungen, die man nicht vorgeben kann. Was das Verbreiten von Unwahrheiten angeht, muss man, bevor man eine Behauptung oder Spekulation zitiert, darauf hinweisen, dass es dafür keine faktenbasierte Grundlage gibt. Oder man berichtet nicht über die Einzelheiten der Spekulation. Man könnte zum Beispiel sagen, dass der Präsident unbewiesene Aussagen über die Umstände der Tat gemacht hat, und es dabei belassen. Wenn die Leute wissen wollen, worum es geht, können sie das auf YouTube nachschauen. Aber man muss keine Dinge wiederholen, deren Wahrheitsgehalt fragwürdig ist.

SE: Ich habe in der *New York Times* einen Artikel über Charlie Kirk gesehen, der einen Link zu einem Social-Media-Beitrag von Trump enthielt. Ich vermute, dass sie Transparenz zeigen wollen, indem sie auf die Quelle verweisen. Gleichzeitig sind sie damit, wie Sie gerade gesagt haben, möglicherweise übers Ziel hinausgeschossen. Vielleicht hätten sie einfach nur sagen können, dass der Präsident etwas zu der Schießerei gesagt hat, und es dabei belassen. Ich habe mich gefragt, warum die *New York Times* diese Entscheidung getroffen hat.

JC: Ich weiß nicht, warum die *Times* diese Entscheidung getroffen hat. Ich möchte dazu nichts sagen und auch keine Vermutungen anstellen: Ich weiß es nicht. Es gibt Argumente für und gegen eine Verlinkung. Gegen eine Verlinkung spricht, dass man damit etwas hervorhebt, dessen Wahrheitsgehalt fragwürdig ist. Das Argument für eine Verlinkung ist jedoch, dass man ohne Verlinkung keinen wirklichen Beleg dafür hat, dass der Präsident etwas Spekulatives gesagt hat. Ich bin der Meinung, dass man seine Arbeit transparent machen sollte, dass man zeigen soll, worauf man sich bezieht. Daher denke ich, dass der Link tatsächlich ein guter Mittelweg sein könnte. Man wiederholt vielleicht nicht explizit, was jemand sagt, aber es gibt einen Link. Und wenn jemand das nachverfolgen möchte, nachdem darauf hingewiesen wurde, dass dies nicht verifiziert ist, dann liegt das in der eigenen Verantwortung.

SE: Aber führt das nicht auch zu mehr Traffic auf der problematischen Website?

JC: Möglicherweise, aber man wählt damit das geringste Übel. Sagen Sie der Öffentlichkeit, sie solle Ihnen einfach glauben, dass der Präsident spekuliert hat? Nein, das wollen Sie nicht. Wollen Sie ausdrücklich wiederholen, was er gesagt hat? Nein, das wollen Sie auch nicht. Und so ist die Tatsache, dass Sie Traffic auf diese Website lenken, wahrscheinlich ein notwendiger Nebeneffekt des

Versuchs, etwas Distanz zu schaffen, anstatt eine mögliche Falschbehauptung zu wiederholen und die Öffentlichkeit weniger gut informiert zu lassen.

SE: Allgemeiner gesagt vermitteln wir Journalismus-Studierenden oft, dass Regierungsquellen in der Vergangenheit relativ gute Quellen waren, die man zitieren konnte, dass sie für gewöhnlich zuverlässig sind. Aber das hat sich inzwischen komplett geändert. Was soll man angehenden Journalist:innen beibringen, wie sie mit Regierungsquellen umgehen sollen? Was sagen Sie ihnen?

JC: Nun, ich weiß nicht, ob wir den Menschen sagen sollen, dass Regierungsquellen im Allgemeinen zuverlässig sind. Wir gehen zunächst davon aus, dass eine Person vielleicht die Wahrheit sagt oder vielleicht auch nicht, und dass es Aufgabe der Journalist:innen ist, dies so weit wie möglich zu überprüfen. Nun gibt es natürlich Aussagen, bei denen mehr oder weniger angenommen wird, dass sie zutreffen, oder dass die öffentliche Verwaltung die bestmöglichen Informationen liefert. Wenn man sich beispielsweise das Bureau of Labor Statistics und dessen Arbeitslosenzahlen ansieht – deshalb war die Entlassung der Chefökonomin dort auch so eine große Sache –, dann wird allgemein davon ausgegangen, dass diese Zahlen die tatsächliche Wirtschaftslage widerspiegeln. Schreibt man über den Bericht, schreibt man trotzdem implizit über die Richtigkeit des Berichts. Wenn die Wirtschaft davon ausgeht, dass der Bericht korrekt ist, dann berichtet man über diese Entwicklung. Was wir bislang grundsätzlich nicht vorausgesetzt haben, ist, dass Regierungsinformationen, insbesondere aus angeblich unparteiischen Quellen, verzerrt werden, um den Zielen der Regierung zu dienen. Das ist die Situation, in der wir uns derzeit befinden.

SE: Ein weiterer Punkt Ihres Vortrags, den ich ansprechen möchte, ist die Frage der Solidarität. Sie haben argumentiert, dass nachdem einige Journalist:innen nicht an Pressekonferenzen im Weißen Haus teilnehmen oder mit dem Präsidenten reisen durften, alle Journalist:innen gemeinsam diese Veranstaltungen boykottieren sollten. Ich fand diese Idee großartig, aber meines Wissens ist so etwas nie geschehen, auch nicht ansatzweise. Möglicherweise habe ich etwas übersehen, aber wie sollte Solidarität Ihrer Meinung nach aussehen? Und glauben Sie, dass dies noch möglich ist?

JC: Ich schließe nichts aus. Ich halte durchaus für möglich, dass das passieren kann. Aber ich denke, dass wir ein anderes Bewusstsein dafür entwickeln müssen, was der Augenblick erfordert. Wir müssen überhaupt erst einmal verstehen, in welchem Augenblick wir uns gerade befinden. Und da sind wir noch nicht ganz so weit, glaube ich. Das zeigt die Reaktion der Medien auf den Tod von

Charlie Kirk, die insgesamt eher eingeschüchtert wirkten. Es gibt wahrscheinlich noch andere Beispiele dafür, dass wir immer noch nach den alten Regeln handeln, ganz so als wäre dies eine normale Präsidentschaft und als hätte es [2021] nicht den Versuch gegeben, die Regierung zu stürzen.

SE: Was Sie [in Ihrem Vortrag] als das »Linkshänder:innen-Problem«^[1] [der U.S.-amerikanischen Presse] bezeichnen: Journalist:innen, Nachrichtenmedien und wir Journalismuslehrende haben noch keine neue Vorgehensweise gefunden, um im Voraus zu bedenken, was passieren kann, und um neue Umgangsweisen damit zu entwickeln.

JC: Ja.

SE: Ich möchte noch einmal auf die journalistische Ausbildung zurückkommen. Die Columbia Journalism School, Lehrende und Alumni, haben im September einen neuen Newsletter namens »CollegeWatch« ins Leben gerufen. Soll dieser Newsletter auch dazu dienen, dass Ihre eigene Institution im Rahmen der journalistischen Hochschulbildung in gewisser Weise transparent und nachvollziehbar zeigt, was gerade geschieht?

JC: Genau darum ging es, denke ich. Wir wollten darüber berichten, welche Folgen die Übergriffe der Bundesregierung an den Universitäten haben. Darüber wurde nicht berichtet, zumindest nicht umfassend. Da gibt es den zugedrehten Geldhahn, die Unterdrückung bestimmter Standpunkte, Eingriffe in die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, all diese Entwicklungen. Man erhält bestenfalls Informationen, die nicht aus dem Inneren der Hochschulen selbst stammen. Das zu zeigen war unser Ziel. Wir waren der Meinung, dass wir mit unseren spezifischen Kompetenzen auf die aktuelle Situation reagieren mussten. Das Institut für Wirtschaftswissenschaften würde vielleicht anders reagieren. Wir haben überlegt, was wir in diesem Moment beitragen können und kamen zu dem Schluss, dass Berichterstattung der beste Weg sei.

1 In seinem Vortrag greift Jelani Cobb auf eine Sport-Metapher zurück, um die aktuelle Situation des us-amerikanischen Journalismus zu beschreiben: »This exercise is particularly relevant to those who played basketball, softball, baseball, tennis and especially anyone who has boxed. Now consider the first time you competed against a left-handed opponent. As a young baseball player I devoted hours to learning how to hit a curve ball. After a great deal of effort I learned how to anticipate a pitch that would move down and away from a right handed batter. But these rules are useless when facing a left-handed pitcher because the ball moves in exactly the opposite direction. In applying conventional approaches to left-handed opponents, a player will find him or herself precisely 180 degrees away from where they should be. In this analogy, the press is the right-handed player consistently befuddled by the left-handed administration in which everything moves in exactly the opposite direction.«

SE: Ein solcher Newsletter ist definitiv eine wichtige Quelle für die Öffentlichkeit. Ebenfalls am 10. September berichtete die *New York Times* über ein weiteres aktuelles Ereignis: An der Texas A&M University wurde eine Dozentin entlassen, weil eine Studentin ein Gespräch mit ihr gefilmt hatte. In dem Film sagt die Studentin, dass der Kurs gegen das Gesetz verstoße, weil er die Aussage oder Annahmen enthalte, dass es mehr als zwei Geschlechter gebe. Wie wirkt sich das auf die Lehre des Journalismus im Kontext von Kultur, Rasse, Rassismus, Sexismus usw. aus? Was bedeutet das? Wie können wir vermeiden, mit Verordnungen der U.S. Regierung in Konflikt zu geraten? Ist das vielleicht spezifisch für Texas? Das zu lesen hat mich wirklich erschüttert.

JC: Das war ein sehr spezieller Fall, der sich da in Texas ereignet hat. Aber möglicherweise wird es auch anderswo passieren; Texas repräsentiert die Richtung, in die die U.S.-Regierung geht. Das ist alarmierend und besorgniserregend. Wir haben gesehen, dass bestimmte Standpunkte gesetzlich verboten werden, während wir gleichzeitig so tun, als würde das nicht passieren. Dabei geht es nicht darum, dass man etwas nicht lehren darf, was sachlich falsch ist – das wäre eine vernünftige Haltung –, sondern darum, dass man eine bestimmte Interpretation der Tatsachen nicht vertreten darf. Das ist per Definition repressiv, und dementsprechend sollten wir darüber sehr besorgt sein.

SE: In Ihrem Vortrag schlagen Sie als künftigen Weg vor, dass es eine »gut kalibrierte Skepsis« geben solle und dass vielleicht jeder wichtige Artikel einen ergänzenden Beitrag haben sollte, der erklärt, wie die Geschichte recherchiert wurde, um ein größeres Maß an Transparenz zu erreichen. Würde das die Schaffung neuer Stellen rechtfertigen wie z.B. eine Stelle für ein:e Transparenz-Redakteur:in, und könnte vielleicht Künstliche Intelligenz dabei eine Rolle spielen, da KI mittlerweile in allen Bereichen zum Einsatz kommt? Wie sieht Ihre Idee genau aus?

JC: Ich halte eine:n Transparenz-Redakteur:in für eine großartige Idee. KI kann in dieser Hinsicht wahrscheinlich nützlich sein. Gleichzeitig müssen wir sehr vorsichtig sein, da KI auch Falschinformationen weiterverbreiten könnte. Damit wäre niemandem geholfen. Ich denke, wir müssen einfach generell kreativ und innovativ sein, um uns selbst zu einem Höchstmaß an Transparenz zu zwingen. Alles, was wir nicht aus Sicherheitsgründen zurückhalten müssen, sollten wir bereit sein, der Öffentlichkeit mitzuteilen.

SE: Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, mit uns über Ihre weiterführenden Gedanken zu Ihrem Vortrag zu sprechen.

Über die Autorin

Stine Eckert, Ph.D., ist Professorin am Department of Communication an der Wayne State University in Detroit. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Journalistik/Journalism Research – Zeitschrift für Journalismusforschung*. Kontakt: stine.eckert@wayne.edu